

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Niklas Schrader (LINKE)

vom 02. Juli 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 06. Juli 2020)

zum Thema:

Schusswaffengebrauch der Polizei

und **Antwort** vom 22. Juli 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 23. Juli 2020)

Herrn Abgeordneten Niklas Schrader (LINKE)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/23972
vom 02. Juli 2020
über Schusswaffengebrauch der Polizei

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie häufig kam es in den Jahren seit 2000 zum Schusswaffengebrauch durch Polizeivollzugsbeamt*innen und in wie vielen Fällen davon richtete sich der Schusswaffengebrauch gegen bewaffnete Personen (bitte nach Jahren und nach Warnschüssen; verletzte und getötete Personen getrennt angeben)?

Zu 1.:

In die Schusswaffengebrauchsstatistik der Polizei Berlin können Vorgänge erst nach Vorliegen des abschließenden Berichtes kategorisiert aufgenommen werden. Die Zahlen der Schusswaffengebrauchsstatistik unterliegen daher Veränderungen bis zum Abschluss des letzten Vorgangs aus dem jeweiligen Jahr.

Es sind seit 2000 zwölf Fälle erfasst, in denen sich der polizeiliche Schusswaffengebrauch gegen bewaffnete Personen richtete und in dessen Folge Personen getötet wurden. Insgesamt wurden 34 Fälle erfasst, in denen sich der polizeiliche Schusswaffengebrauch gegen bewaffnete Personen richtete und in dessen Folge es zu Verletzungen von Personen kam.

Die Fälle werden nachfolgend tabellarisch dargestellt:

Jahr	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Schusswaffen- gebrauchsfälle insgesamt	78	74	66	64	87	69	55

Schusswaffen- gebrauchsfälle gegen bewaffnete Personen	3	4	1	3	1	1	0
dabei verletzte Personen	3	3	1	3	1	1	0
dabei getötete Personen	0	1	0	0	0	0	0

Jahr	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Schusswaffen- gebrauchsfälle insgesamt	72	125	110	85	67	90	111
Schusswaffen- gebrauchsfälle gegen bewaffnete Personen	1	2	1	5	4	2	2
dabei verletzte Personen	0	1	0	4	3	1	1
dabei getötete Personen	1	1	1	1	1	1	1

Jahr	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Schusswaffen- gebrauchsfälle insgesamt	61	77	78	123	86	99	59
Schusswaffen- gebrauchsfälle gegen bewaffnete Personen	0	3	3	5	3	1	1
dabei verletzte Personen	0	2	2	4	3	1	0
dabei getötete Personen	0	1	1	1	0	0	1

Quelle: Schusswaffenstatistik PPr Just 12, Stand 09.07.2020

Darin enthalten sind -57- Warnschüsse durch Polizeidienstkräfte. Die Fälle werden nachfolgend tabellarisch dargestellt:

2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
2	6	1	1	3	3	1	6	5	6

2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2007	2018	2019
3	2	4	1	6	3	1	1	0	1

2020 Stand 21.07.20
1

Eine detaillierte Auswertung, ob sich die Warnschüsse gegen bewaffnete oder unbewaffnete Personen richteten, ist nicht möglich.

2. Welche Staatsangehörigkeit hatten die durch Schusswaffengebrauch von Polizeivollzugsbeamt*innen verletzten bzw. getöteten Personen?

Zu 2.:

Staatsangehörigkeiten der verletzten Personen:

- 23 verletzte Personen hatten die deutsche Staatsangehörigkeit
- 2 verletzte Personen hatten die schwedische Staatsangehörigkeit
- 1 verletzte Person hatte die italienische Staatsangehörigkeit
- 1 verletzte Person hatte die syrische Staatsangehörigkeit
- 1 verletzte Person hatte die norwegische Staatsangehörigkeit
- 1 verletzte Person hatte die türkische Staatsangehörigkeit
- 1 verletzte Person hatte die ivorische Staatsangehörigkeit
- 1 verletzte Person hatte die polnische Staatsangehörigkeit
- 1 verletzte Person hatte die guineische Staatsangehörigkeit
- 2 verletzte Personen hatten eine unbekannte Staatsangehörigkeit

Staatsangehörigkeiten der getöteten Personen:

- 9 getötete Personen hatten die deutsche Staatsangehörigkeit
- 2 getötete Personen hatten die irakische Staatsangehörigkeit
- 1 getötete Person hatte die kroatische Staatsangehörigkeit

3. Welchen Verfahrensausgang hatten jeweils die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen in den Fällen, in denen Personen durch Schusswaffengebrauch von Polizeivollzugsbeamt*innen getötet wurden?

Zu 3.:

Zu den Ermittlungsverfahren aus den Jahren 2008 und 2009 können keine Angaben gemacht werden.

Zwar ist das Ermittlungsverfahren aus 2008 trotz Ablaufs der Liegefrist der Akten noch bei der Staatsanwaltschaft Berlin gespeichert, da die Akten dem NSU-Moratorium unterliegen und daher nicht vernichtet werden dürfen. Die Daten stehen allerdings nur noch im Zusammenhang mit dem NSU- Untersuchungsausschuss zur Verfügung und sind für Dritte gesperrt, so dass inhaltliche Angaben zu dem Verfahren - wozu auch die Mitteilung des Verfahrensausgangs gehört – aus datenschutzrechtlichen Gründen in diesem Fall nicht zulässig sind.

Das Ermittlungsverfahren aus dem Jahr 2009 ist im Verfahrensregister der Staatsanwaltschaft Berlin nicht mehr vorhanden; vermutlich wurden die Akten nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist bereits vernichtet.

Alle anderen Ermittlungsverfahren wurden gemäß § 170 Absatz 2 Strafprozessordnung eingestellt.

Berlin, den 22. Juli 2020

In Vertretung

Torsten Akmann
Senatsverwaltung für Inneres und Sport